

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 278

12. Feb. 2003

9. Jahrgang

Mit Feuer und Flamme das Schweigen beendet

Als am 1. Januar 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko das *Nordamerikanische Freihandelsabkommen* NAFTA in Kraft gesetzt wurde, traten im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas zum ersten Mal die *Zapatistas* an die Öffentlichkeit und besetzten verschiedene Städte, u.a. San Cristóbal de las Casas. Der "Aufstand der ZapatistInnen" war (und ist) wegweisend für die seither anwachsende Antiglobalisierungsbewegung.

Am ersten Januar 2003 besetzten die *Zapatistas* erneut für einen Tag lang San Cristóbal, ein Ereignis, über das in den hiesigen Medien eher spärlich berichtet wurde. Dazu der folgende Artikel von Anne Hild.

Derweil finden in El Salvador die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und den zentral-amerikanischen Staaten statt. Volks- und BäuerInnenorganisationen protestieren dagegen, doch sind die Verhandlungspositionen ihrer jeweiligen Regierungen dermassen schlecht, dass sie kaum Chancen haben, ihre Forderungen durchzubringen.

Während in San Cristóbal de las Casas die letzten Trutzhähne ihr Leben liessen und der bürgerlichen Küche anheim fielen, wurden in Europa bereits die ersten Meldungen ins Netz gesetzt, dass mehrere Tausend ZapatistInnen die Stadt eingenommen hätten. Auch wenn Europa sieben Stunden voraus ist, schien diese Nachricht etwas verfrüht. Die Live-Übertragung des freien Radios sendete ein übliches Sylvestergelage, mit *cumbias*, *rancheras* und Grüssen aus der Nachbarschaft. Das Jahr endete gelassen und es gab sogar ein paar Stunden Schlaf.

Auch in den Aguascalientes, den fünf politischen und kulturellen Zentren der ZapatistInnen, wurde getanzt, Kerzen wurden angezündet, und es wurde recht früh schlafen gegangen, denn der neue Tag versprach lang zu werden.

Gegen 7 Uhr morgens versammelten sich die ersten 500 *Zapatistas* in der Peripherie San Cristóbal. Die Stickereien auf den Blusen verrieten, dass sie aus Polho und anderen Gemeinden aus der näheren Umgebung kamen, und die schwarzen Augenpaare hinter den Skimützen zeigten Entschlossenheit. Sie trugen *Macheten* und Brennpäne bei sich.

Ein Auto mit zwei betrunkenen Militärs, die mit einem blinkenden Revolver fuchtelten, heizte durch die Menge. Ansonsten liess man sich ruhig die ersten Sonnenstrahlen auf die Skimützen scheinen. So vergingen Stunden um Stunden, und es kamen immer mehr ZapatistInnen aus allen Regionen Chiapas. Gegen Nachmittag zog sich der Himmel mit dramatischen Wolkenformationen zu, und über die Umgehungsstrasse kamen ganze Konvois mit ZapatistInnen angefahren. "Wir sagen Nein zum Terrorismus von Bush und Bin Laden!" "Es lebe der politische Kampf des baskischen Volkes!" "Es leben die argentinischen Rebellen!" "Es lebe die Globalisierung des Widerstands!" "Es lebe *Subcomandante Marcos*!" "Nieder mit der schlechten Regierung!" tönte es von den Wagen herab, während sich Tausende von *Macheten* und Stöcken gegen den Himmel erhoben. Der Demonstrationzug formierte sich. Die ersten Reihen waren mit Fackeln ausgestattet, dahinter ertönte das Rasseln der *Macheten*. Geduldig wartete man auf die *compañer@s*, die aus abgelegenen Regionen kamen und bis zu 15 Stunden Reise hinter sich hatten.

Ab diesem 1. Januar entfallen endgültig alle landwirt-

schaftlichen Zölle in der NAFTA-Region. Das heisst, die mexikanischen BäuerInnen stehen in protektionsloser Konkurrenz zur US-amerikanischen Landwirtschaft, die mit 182 Milliarden Dollar subventioniert wird. Auch von den Investoren des Plan Puebla Panama (PPP) wird der Druck auf die Region erhöht. Sie wollen sehen, dass ihre Staudämme und Tourismusprojekte endlich Form annehmen.

Der Demonstrationzug der ZapatistInnen nahm gegen 18 Uhr Form an und die bislang grösste Mobilisierung der zapatistischen Unterstützungsbasen setzte sich in Bewegung: ca. 20 000 Menschen marschierten in Gummilatschen, Sandalen oder Gummistiefeln, *Machete* in der Hand, Kind auf dem Rücken, Skimütze über dem Gesicht, und ein Funkeln in den Augen, auf das touristische Zentrum San Cristóbal zu.

Von den BürgerInnen San Cristóbal war kaum etwas zu sehen: Sie hatten sich in ihren Häusern verbarrikadiert. Dafür hatten sich auf dem *Zocalo* die internationale Presse und AktivistInnen versammelt, ausgerüstet mit reichlich Filmmaterial, Batterien und Minidiscs. Das italienische Fernsighteam der *Ya Bastas* wartete ungeduldig darauf, mit der Live-Übertragung nach Italien beginnen zu können. In Rom hatten sich einige 1000 AktivistInnen versammelt um dem Spektakel beizuwohnen.

Nach und nach füllte sich der *Zocalo* mit Tzotziles, Mames, Tzeltales, Tojolabales und Zoques, und man hörte immer noch die Parolen aus der frisch hergerichteten Fussgängerzone. Zwischen Bühne und Kathedrale prangten Tausende von Transparenten: "Die Parteien sind eine Farce", "Die Regierung ist rassistisch".

Auf einmal hiess es: "Macht's Euch bequem, jetzt kommt die *Comandancia*!" Die Bühne füllte sich. Allen vorweg *Comandante Mister* (der grösste von allen), danach *Comandante Esther* in ihrem blumenbestickten Schal, *Tacho*, *Fidelía*, *Omar*, *David*, und der jüngste von allen, *Bruce Lee*.

Das fast zweijährige Schweigen der ZapatistInnen wurde an diesem Tag in jeglicher Hinsicht aufgehoben. Zweifel über eine Zerrüttung der EZLN wurden durch die sieben Ansprachen der *Comandancia* ausgeräumt. "Wozu

sollen wir uns untereinander zanken, wenn es noch genug Feinde zum Streiten gibt?" fragte *Comandante Omar*. "Wir sind gekommen, um zu zeigen, dass wir da sind, dass wir noch leben und dass wir uns nicht ergeben haben. Wir sind weder entzweit noch zerstritten."

Gerüchte, dass sich *Subcomandante Marcos* zu weit aus dem Fenster gelehnt hätte mit seinem Projekt, im Frühjahr ein Rededuell mit dem spanischen Richter Garcón zu halten und gleichzeitig einen Kongress zur politischen Einigung im Baskenland stattfinden zu lassen, wurden dementiert. "Wir kennen die Welt, denn wir kennen all die Männer und Frauen dieser Länder, die unsere Gemeinden besucht haben. Sie haben uns von ihrem Kampf und ihrer Welt erzählt. In ihren Worten sind wir gereist, wir haben mehr Länder gesehen und kennen gelernt als jedweder Intellektuelle." erzählt *Mister* und ruft auf zur Globalisierung der Rebellion. "Wenn *Subcomandante Marcos* sagt, dass er den politischen Kampf der Völker unterstützt, so spricht er im Namen aller zapatistischen Frauen, Männer und Kinder. An alle, die wir für Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit in der Welt kämpfen: Wir ZapatistInnen kämpfen an Eurer Seite, denn dieser Kampf ist auch unser Kampf. Deshalb kämpfen wir hier in Mexiko und in der ganzen Welt, bis wir einen würdigen Platz im Leben und in der Menschheit erreichen."

In letzter Zeit wurde den ZapatistInnen öfter vorgeworfen, sich nur nach Europa zu orientieren und die Problema-

tiken des eigenen Kontinents unkommentiert zu lassen. An diesem 1. Januar wurde eindeutig die Solidarität mit den argentinischen Rebellen und der Souveränität des venezolanischen Volkes ausgesprochen.

Was die Beziehung zur Regierung angeht, so sprach *Comandante Esther* klare Worte: "Ich sage Dir (Vicente Fox): Das Volk ist enttäuscht von Deinen Betrügereien" und fragte "Wo ist der Frieden?" Es wurde heftig kritisiert, dass keine der Parteien zur Verabschiedung des Gesetzes über die Rechte der indigenen Völker beigetragen hat, "da ihnen ein Frieden in Chiapas nicht gelegen kommt", aus verschiedenen Gründen, und sei es, um wie im Falle Manuel Bartlett, einer Untersuchung über Verwicklungen im Drogenhandel zu entkommen.

Mit der PRD (linksliberale Partei der demokratischen Revolution), der während der *Marcha Zapatista* im März 2001 noch einige Hoffnung entgegengebracht wurde, wurde endgültig abgerechnet.

Auch Luis H. Alvarez (Partei der nationalen Aktion), dem offiziellen Vermittler der Regierung, wird zukünftig der Zutritt zu den zapatistischen Gemeinden verwehrt. "Er verteilt Gelder in den Gemeinden, um Zwiespalt zu säen und zu behaupten, die ZapatistInnenen wären gespalten" begründete Esther diese Massnahme.

Bruce Lee rief die indigenen Völker und den Rest der Welt auf, sich zu organisieren: "Der Moment ist gekommen, um zu organisieren und unsere autonomen

Landkreise zu formieren. Nur so kann es wirkliche Demokratie auf kommunaler Ebene geben. Wir haben nicht darauf zu warten, dass die schlechte Regierung uns die Erlaubnis dazu gibt." "Es lohnt sich, das Risiko des Kampfes einzugehen, denn sie töten uns sowie so täglich. Bevor wir aufhören zu existieren, öffnen wir einen Weg auf der Suche nach einem besseren Leben für unsere Kinder. Wir sind bereit zu kämpfen, koste es, was es wolle." So *Omar*.

Was den akuten Fall der Vertreibungen im Biosphärenreservat *Montes Azules* angeht, betonte die EZLN, dass es in den zapatistischen Dörfern keine friedliche Umsiedlung geben wird. Damit sind auch militärische Aktionen nicht mehr auszuschliessen.

Comandante David endet seine Ansprache mit der Aufforderung an die *Compañer@s*, nun ihre Brennpäne anzuzünden. "Dieses Licht symbolisiert unsere Stärke in dem langen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit. Lasst uns ein grosses Licht entzünden, in dem die Welt das Licht der zapatistischen Rebellion sieht." Eine harzige Duftwolke umhüllte die Massen. Die Fussgängerzone war gesäumt von kleinen Feuern, in deren Licht man die gefällten Strassenlaternen liegen sah. Während ringsum immer mehr Feuer aufflammten, zogen sich bereits die ersten Gruppen von ZapatistInnen zurück, und noch Stunden später formierten sie sich in den Strassen, um auf offenen Pritschenwagen durch die klare Nacht auf ihre autonomen Dörfer zurückzufahren.

Vor 23 Jahren in der Spanischen Botschaft

Guatemala, 31. Jan. 23 Jahre nachdem Sicherheitskräfte gewaltsam in die Spanische Botschaft eingedrungen sind und den Tod von 37 Personen herbeigeführt haben, erinnerten zahlreiche soziale Organisationen und Gruppen an diesen Tag in Gedenken an die Opfer und wiederholten ihre Forderungen an die Autoritäten nach Ermittlungen und Prozessen gegen die Verantwortlichen.

Am 31. Januar 1980 besetzte eine Gruppe von Indígenas, begleitet von Arbeitenden und Studierenden friedlich die Einrichtungen des Diplomatensitzes, um die Einsetzung einer Ermittlungskommission zu verlangen, die den diversen Gewalttaten gegen die Bevölkerung im Hochland, v.a. im Departement Quiché nachgehen sollte. Der spanische Botschafter setzte sich mit den DemonstrantInnen zusammen und war kurz vor einer Einigung, als Staatsagenten in Gefolge von Spezialkräften des Militärs und der Polizei das Gebäude stürmten, wild um sich schossen und mit Brandbom-

ben Feuer legten, in dem 37 Personen umkamen. Darunter starben guatemaltekische AktivistInnen, hohe Funktionäre aus vorherigen Regierungen sowie der spanische Konsul und SekretärInnen.

Doch bei diesem Akt der Repression sollte es nicht bleiben. Im Anschluss verschwanden viele Tage lang auf brutale Weise AnführerInnen der BäuerInnenorganisation CUC, aber auch von den Arbeitenden- und Studierendenorganisationen, die sich an der Demonstration beteiligt hatten; sie wurden gefoltert und ermordet.

Ein riesiger Trauerzug begleitete schliesslich die Särge zur Beerdigung durch die Stadt, als Heckenschützen wiederholt auf die Menge schossen und dabei weitere Tote einforderten.

Der 31. Januar steht inzwischen für den Kampf gegen die Straflosigkeit, an dem sowohl der Opfer gedacht werden, als aber auch sich die Verpflichtung festigen soll, weiter für die Wahrheit und Gerechtigkeit in Guatemala zu kämpfen.

Nachruf:

Alfredo Balsells

Guatemala, 24. Jan. Im Alter von 69 Jahren starb Alfredo Balsells Tojo an schwerer Krankheit. Der herausragende Rechtsanwalt war Mitglied in der Kommission zur historischen Aufklärung (CEH), die zur Ermittlung gegen die Menschenrechtsverbrechen während des internen bewaffneten Konflikts gegründet worden war. Er galt aufgrund seines lebenslangen sozialen und politischen Engagements als einer der rechtschaffensten und pflichtbewusstesten Anwälte im Land und sogar als "Bollwerk des Justizgremiums". Zahlreiche Organisationen diverser Sektoren bedauerten Balsells Tod als Verlust eines unermüdlichen Kämpfers für die Gerechtigkeit und den Frieden.

Im Laufe seiner Karriere fungierte Balsell u.a. als Staatsrat, schrieb als Kolumnist in verschiedenen Tageszeitungen und verfasste mehrere Bücher zum Thema Menschenrechte.

Energieministerium setzt auf erneuerbare Energie

Guatemala, 2. Feb. Im Moment werden in Guatemala rund 60% der Energie mit fossilen Brennstoffen (Rohöl) in thermoelektrischen Kraftwerken erzeugt. Ein längerfristiges Ziel ist, auf erneuerbare Energien umzusteigen, weshalb es seit einigen Wochen im guatemaltekischen Umwelt- und Energieministerium ein *Informationszentrum für erneuerbare Energie* gibt. Dessen Aufgabe ist es, interessierten InvestorInnen Projekte erneuerbarer Energie schmackhaft zu machen. Aktuell gibt es elf private Projekte, zehn davon sind Wasserkraftwerke, die, einmal fertig gebaut, zusammen eine Leistung von 291 Megawatt erbringen sollen.

Um den Anreiz solcher Projekte zu erhöhen, liegt dem Kongress eine Initiative vor, die vorsieht, die Produktion erneuerbarer Energie von sämtlichen Steuern zu befreien. Von einer solchen Massnahme würden in erster Linie die Wasserkraftwerke profitieren.

Für den Energiespezialisten Luis Solana ist es nicht weiter erstaunlich, dass die privaten Wasserkraftwerke in den Departements Izabal, Alta- und Baja Verapaz und Escuintla liegen. Einerseits sind es wasserreiche Gebiete, zum anderen sind es auch für den Plan Puebla Panama (PPP) strategisch wichtige Departements. Die *BürgerInnenvereinigung gegen die Privatisierung* ihrerseits befürchtet, dass der PPP der weiteren Privatisierung der Wasserkraftwerke die Tür öffnet, die heute wenigstens noch zum Teil (zu 90%) in staatlichem Besitz

sind. An der Privatisierung von Wasserkraftwerken sind aber auch guatemaltekische InvestorInnen interessiert. Bereits heute ist die Gruppe *Fabrigas* in diesem Geschäft tätig, angeführt von Manuel Ayau, dem Gründer der Universität Francisco Marroquin und die Familie Novella, Besitzerin der Zementwerke *Progreso*. Zusammen sind sie auch in die Administration des Wasserkraftwerk *Las Vacas* involviert, um das es in den letzten Wochen einen Verschmutzungsskandal gab (siehe ¡Fijáte! 276 und 277).

Der guatemaltekische Energieverbrauch steigt kontinuierlich. Wie eingangs erwähnt, wird rund 60% dieser Energie in thermoelektrischen Kraftwerken produziert, die zum grössten Teil (zu 70%) in Privatbesitz sind. Laut Vize-Energieminister Rodolfo Santizo kann die

erneuerbare Energie nicht mit der thermoelektrisch erzeugten konkurrieren, da der Bau von Wasserkraftwerken enorm teuer ist. Deshalb die Initiative, die Wasserkraftwerke während der ersten 10 Jahre von Steuern zu befreien.

Parallel zu diesen Plänen läuft mit Unterstützung der UNO ein Projekt für die Erstellung einer Satellitenkarte, um auch die Möglichkeiten von Wind- und Solarenergie auszuloten.

Die Generierung von erneuerbaren Energien hat aber nicht automatisch eine Reduktion des Strompreises für die KonsumentInnen zur Folge. Dies deshalb, weil in den 90er-Jahren mit den nationalen und internationalen Elektrizitätsproduzenten langfristige Verträge gemacht wurden, die, auch wenn heute Energie billiger produziert werden kann, immer noch gültig sind.

Schluss mit der Lynchjustiz!

Guatemala, 30. Jan. Mit dem Ziel der in Guatemala weit verbreiteten Kultur der Lynchjustiz ein Ende zu bereiten, hat die *Nationale Kommission für die Verfolgung und Unterstützung der Stärkung der Gerechtigkeit* zusammen mit verschiedenen sozialen Organisationen und Justizeinrichtungen den "*Nationalen Rundtisch gegen die Lynchmorde*" einberufen. Neben indigenen, Menschenrechts- und religiösen Gruppen beteiligen sich auch die UN-Mission MINUGUA sowie VertreterInnen der Medien gemeinsam daran, die Kampagne der Prävention und Abschaffung von Massengewaltausschreitung in die Wege zu leiten.

Die MINUGUA teilte in ihrem letzten Bericht mit, dass zwischen 1996 und Ende 2002 von ihr 482 Fälle von Lynchjustiz registriert worden seien, denen 943 Personen zum Opfer fielen, 240 von ihnen starben bei bzw. an den Folgen der Tat. In diesen Zahlen tauchen jedoch weder die Versuche noch die Androhungen von Steinigungen, mit die häufigste Art des Lynchens, auf. Auch jene Fälle, in denen Sicherheitskräfte und MenschenrechtsaktivistInnen eingeschritten sind und Schlimmeres verhindern konnten, fehlen bei den statistischen Angaben. Die Departements, in denen es zu den meisten Zwischenfällen dieses Phänomens gekommen ist, sind vor allem jene, die vom internen bewaffneten Konflikt besonders betroffen waren: dazu gehören Huehuetenango, Quiché, Sololá, Guatemala, San Marcos, Petén, Alta und Baja Verapaz, so der Vertreter der MINUGUA.

Die UN-Mission stellte als Hauptgründe, die die Bevölkerung zu dieser Art von Verbrechen veranlassten, verschiedene Aspekte fest. Neben der anhaltenden Kultur der Gewalt, extremer Armut und sozialem Ausschluss wurde auch die mangelnde institutionelle Reaktion genannt. Higinio Pú von der Defensoría Indígena *Wajxaqib' Noj* fügte hinzu, dass auch die Aufstandsbekämpfungspolitik des Staates gegen die Bevölkerung, die in der Vergangenheit zur Tagesordnung gehörte, als Erklärung heranzuziehen sei. Laut Pú gehörten oft die, die bestimmte Gruppen zum Lynchen anstifteten zum Grossteil zu den ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) und paramilitärischen Gruppen.

Als erster Schritt in Richtung "Ausrottung" dieses Phänomens wurde von den beteiligten Gruppierungen ein Basis-Dokument erarbeitet, das Kriterien über die verschiedenen Ursachen der Lynchjustiz enthält. Darin wird auch klargestellt, dass die Steinigungen weder Ausdruck von indigenem Recht noch auf den Mangel an Rechtsanwendung zurückzuführen seien.

Erst in den letzten Tagen wurden Lynchfälle im Alta Verapaz bekannt, in denen drei Personen auf diese Weise ermordet wurden und die dortige Polizeistation zerstört wurde, da der Bevölkerung untersagt worden war, die "Gerechtigkeit durch eigene Hand" gegen zwei vermutliche Verbrecher anzuwenden. Auch in San Marcos fanden zwei verdächtige Diebe ihren Tod durch ihre Nachbarn: erst wurden sie zusammengeschlagen und dann angezündet.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treock

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Was heisst hier "Verhandlung"?

Guatemala, 31. Jan. Am 8. Januar begannen in Costa Rica die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Zentralamerika (CAFTA). Die US-amerikanische Verhandlungsdelegation umfasste mindestens 100 Personen, während die zentralamerikanischen Länder zusammen 190 Delegierte stellten. Ziel ist, übers Jahr verteilt neun Verhandlungsrunden durchzuführen und den Vertrag bis Ende 2003 unter Dach und Fach zu bringen.

Bei diesem ersten Treffen ging es darum, sich gegenseitig auf den aktuellen Stand bilateraler Verhandlungen und Abkommen zu bringen und eine gemeinsame Tagesordnung aufzustellen. Laut Angaben der lokalen Presse lagen aber nicht alle Papiere vor, die als Grundlage der Verhandlungen dienen sollten, z.B. das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Chile, auf dem das zentralamerikanische Abkommen aufgebaut werden soll.

Unter den Augen eines starken Sicherheitsdispositivs fanden vor dem Hotel *Camino Real*, wo das Treffen abgehalten wurde, Demonstrationen von Freihandels-GegnerInnen statt.

Die Unterzeichnung eines Abkommens mit den zentralamerikanischen Ländern verfolgt mehrere Strategien: Einerseits kann man so den Widerstand gegen das geplante gesamtamerikanische Freihandelsabkommen ALCA schwä-

chen, der vor allem von den südamerikanischen Ländern, allen voran Brasilien, ausgeht. Zum andern ist der CAFTA eine wirtschaftliche Ergänzung zum *Plan Puebla Panama*, dessen Ziel die infrastrukturelle Vernetzung der Region ist.

Während die RegierungsvertreterInnen die Vorteile eines solchen Abkommens in den höchsten Tönen loben, kritisieren verschiedene Gruppen – von den Unternehmensverbänden bis zu den BäuerInnenorganisationen – dieses Freihandelsabkommen. Sie befürchten eine weitere Schwächung der regionalen Wirtschaft und entsprechend eine Zunahme der Armut.

Die fünf Länder Zentralamerikas importieren jährlich zusammen für rund 9 Milliarden US-\$ Güter aus den Vereinigten Staaten. Umgekehrt kaufen die USA für rund 11 Milliarden US-\$ Waren aus Zentralamerika, wobei etwa 75% davon zollfrei importiert werden.

Die KritikerInnen des CAFTA – Umweltverbände, BäuerInnen, öffentliche und private Angestellte, Kooperativen und Indígenas – bemängeln in erster Linie die fehlende Information über das Projekt, ihren Ausschluss bei den Verhandlungen, sowie die zu erwartenden Auswirkungen eines solchen Abkommens.

Die ProduzentInnen ihrerseits sind am Lobbyieren und versuchen auszuhandeln, dass ihre Produkte vom Abkommen ausgeschlossen werden. So

argumentiert z.B. die zentralamerikanische Schweinezüchtervereinigung, dass sie niemals mit der US-amerikanischen Produktion konkurrieren könne, da diese enorme staatliche Subventionen erhalte und mit einem Freihandelsabkommen den zentralamerikanischen Markt in Kürze überschwemmen würde. Ähnlich steht es um verschiedene Agrarprodukte. Positive Auswirkungen eines Freihandelsabkommens erhofft man sich in Zentralamerika für den Kaffee- und Zierpflanzenhandel mit den USA.

Seit die Vereinigten Staaten Ende Januar Guatemala nun endgültig auf die schwarze Liste der Korrupten Länder gesetzt und dem Land die ‚Zertifizierung‘ entzogen hat (siehe ¡Fijáte! 277), befürchtet man gar, bei dem Freihandelsabkommen aussen vor zu bleiben. Dies hätte ein Rückgang ausländischer Investitionen und möglicherweise ein US-amerikanischer Boykott guatemaltekischer Produkte zur Folge, befürchten UnternehmerInnen.

Die guatemaltekische Wirtschaftsministerin, Patricia Ramírez, gab in einem Bericht das Fehlen einer internen Struktur zu, die es ermöglichen würde, die einzelnen Produktionssektoren in die Verhandlungen über das CAFTA-Abkommen einzu beziehen. Überhaupt scheint die guatemaltekische Verhandlungsdelegation ziemlich improvisiert gewesen zu sein, stellte man doch kurz vor Beginn der Verhandlungen fest, dass man gar keine(n) Delegationsleiter(in) ernannt hatte...

Der Streit/k geht weiter

Guatemala, 7. Feb. Selbst bald vier Wochen seit Beginn der Demonstrationen der guatemaltekischen Lehrerschaft (siehe ¡fijáte! 277) zeichnet sich kein wirkliches Ende dieser Aktionen oder gar Interesse von Seiten der Regierung hinsichtlich der gestellten Forderungen nach einer angemessenen Erhöhung des Bildungshaushaltes und somit grundsätzlichen Verbesserung der Situation des Schulsystems sowohl auf inhaltlicher als auch infrastruktureller Art ab.

Da nach der ersten Grossdemonstration gleich zu Beginn des Schuljahres und der seitdem permanenten Arbeitsniederlegung keinerlei positive Reaktion von staatlicher Seite zu erkennen war, gingen zig Tausende von LehrerInnen eine Woche später gleich wieder auf die Strasse. Dem Protest haben sich inzwischen so gut wie alle DozentInnen im ganzen Land angeschlossen, in den unterschiedlichen Departements und Städten werden immer wieder grosse Strassenkreuzungen und auch die örtli-

chen Behörden des Erziehungsministeriums besetzt gehalten.

Doch die Regierung lässt dieses Spiel nur ungern mit sich treiben und greift zur Drohung. Es wurden im Rahmen der Demo- und Streikaktionen bereits Tausende von Akten der unwilligen LehrerInnen angelegt, die im Zweifel wohl zum Rausschmiss führen können. Zudem versucht die Regierung die Eltern der Schulkinder auf ihre Seite zu ziehen und Kritik gegen die Lehrerschaft zu üben. Erste Spontaneitäten von Seiten Portillos stiessen dabei selbst in den eigenen Reihen zu Unverständnis und Ablehnung: So wollte der Herr Präsident das Problem vom Tisch fegen, in dem er den LehrerInnen - und, um gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, allen anderen staatlichen Angestellten gleich mit - eine monatliche Gehaltserhöhung von 100 Quetzales zusprechen. Neben BANGUAT-Chef Lizardo Sosa, der auf die Vereinbarung mit dem IWF aufmerksam machte (siehe S.6.),

zeigten sich auch Finanzminister Weymann und Kongresspräsident Ríos Montt skeptisch angesichts der kritischen finanziellen Lage.

Erste Einigungsversuche zwischen VertreterInnen der Lehrerschaft und den (Vize-) Ministern der Ressorts für Bildung, Arbeit und Finanzen, die sich erst einmal auf die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs am 10. Feb., das Akzeptieren eines wohl einmaligen Bonus von Q 100 und die Suspendierung von möglichen Sanktionen gegen die Streikenden beschränkten, wobei die Bischofskonferenz als Mediator für die folgenden Verhandlungen vorgeschlagen wurde, stiessen bei den Streikenden auf heftigen Widerstand und provozierten die Ankündigung erneuter landesweiter Demonstrationen. Inzwischen befinden sich mehr als 85 Tausend LehrerInnen im Streik, zu denen sich neben den Primarlehrkörpern nun auch die der weiterführenden Schulen gesellt haben. In 21 '785 Schulen steht der Lehrbetrieb still.

Vorsicht, freilaufender Polizist!

Guatemala, 7. Feb. Seit 1997 unterstützen u.a. die schwedische, die norwegische und die deutsche Regierung Projekte zur ethischen und persönlichen Weiterbildung der guatemalteckischen Polizeiangehörigen. Menschenrechte, Grundlagen der Demokratie und ein "Gender-Training" gehören seither in den Lehrplan der Polizeiakademie. Der Aufbau eines Kontrollsystems innerhalb der zivilen Nationalpolizei (PNC) soll Machtmissbrauch, Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen seitens der PolizistInnen überwachen und gegebenenfalls sanktionieren. Auch die Europäische Union finanzierte ein über vier Jahre dauerndes Modernisierungsprojekt für die guatemalteckische Polizei in Höhe von 25 Mio. US-\$. Bei Abschluss des Projekts Ende 2002 erklärte der Leiter der EU-Delegation in Guatemala, Philippe Combescot, das Projekt als erfolgreich. Die Gelder seien gut verwaltet und programmgemäß eingesetzt worden, die Polizeiakademie, an der 20'000 PolizistInnen ausgebildet wurde, könne als ein Erfolg bezeichnet werden, ebenso die Schaffung von elf Gesetzen, die die Rolle der Polizei gesetzlich verankern. Als nächstes würde die EU knapp 10 Mio. US-\$ für die Modernisierung des Justizwesens aufbringen. "Solange man uns helfen lässt, tun wir das gerne", erklärte Combescot.

Die Realität ist jedoch eine andere. Die Gewaltwelle des letzten Jahres wird unter anderem den ineffizienten Polizeiermittlungen und der Verwicklung von Polizeiangehörigen ins organisierte Verbrechen und den Drogenhandel angelastet. Beim z.T. harten Durchgreifen der Polizei bei Protestaktionen der BäuerIn-

nen wurden mehrmals deren Menschenrechte verletzt. Anfang Februar 2003 wurden sämtliche mechanische Werkstätten der PNC geschlossen, 60 Angestellte werden einer juristischen Untersuchung unterzogen. Während rund 60% der Polizeifahrzeuge als reparaturbedürftig in den Werkstätten herumgammelten, verschwanden dort Ersatzteile im Wert von Zehntausenden von US-\$. Allgemein ist das Vertrauen der Bevölkerung in die OrdnungshüterInnen nicht gross, weshalb oft auch zum Mittel der Selbstjustiz gegriffen wird.

In diesem Kontext startete die Gruppe *Kinder für die Identität und Gerechtigkeit gegen das Vergessen und Schweigen (HIJOS)* die Kampagne "Vorsicht, freilaufender Polizist!" Die Verletzungen der Menschenrechte, die von der Nationalen Zivilpolizei (PNC) gegen Jugendliche und Heranwachsende verübt werden an die Öffentlichkeit zu bringen, ist Hauptziel dieser Kampagne.

Täglich, so Francisco Sánchez von *HIJOS*, missachteten die AgentInnen der PNC die Bewegungsfreiheit Hunderter Jugendlicher und Heranwachsender unter dem Vorwand, sie würden einer der vielen Jugendbanden angehören. Damit nutzten die PolizistInnen ganz klar die Unwissenheit der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Verfassungsrechte aus.

Mit der Kampagne wurde bereits im Dezember begonnen: Plakate und Spruchbänder, auf denen die Übergriffe der PolizistInnen denunziert wurden und die in der Hauptstadt und auch in einigen Departements verteilt und aufgehängt worden sind, sollen die Bevölkerung und v.a. die Minderjährigen sensibilisieren.

Die Mehrzahl der AgentInnen der PNC nähmen die Jugendlichen fest und verlangten deren Identifikationsdokumente, nur weil sie sie mit langem Haar oder einer Tätowierung auf dem Körper sähen, ein Vorgehen, das laut Verfassung illegal sei, so Sánchez.

"Logischerweise wird die Gewalt nicht abnehmen, wie wir alle wissen (ausser der Polizei) sind nicht die Jugendlichen das Problem, sondern die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen wir in Guatemala leben", heisst es in der Presseerklärung der *HIJOS*.

Post-"Service"

Guatemala, 5. Feb. Der Ausschreibungsprozess für den Postservice, von Portillo im November abgebrochen, wird wohl definitiv nicht realisiert. Obwohl fünf Gesellschaften ihr Interesse bekundet hatten, hat der Präsident entschlossen, direkt und privat mit dem derzeit unter Vertrag stehenden Unternehmen *El Correo*, zum International Postal Service, IPS gehörend, zu verhandeln. Sollte *El Correo* nicht am Fortführen des Postservices interessiert sein, würde dieser möglicherweise wieder in staatliche Hände übergehen. 39 Tage vor Ablauf des aktuellen Vertrags, ist eine Ausschreibungsdurchführung kaum noch möglich, der staatliche Hermetismus über diesen Fall und der durch den Prozessabbruch geschädigte Ruf wird nun wohl die privaten Kungeleien mit *El Correo* als "notwendig" rechtfertigen. Dass 270 Angestellten in diesem Rahmen gekündigt wurde, lässt sich dann sicherlich auch noch irgendwie erklären.

Verräter oder Opportunist?

Guatemala, 4. Feb. Pedro Pablo Palma Lau, bisheriger *Sekretär für Agrarfragen*, gab seinen Rücktritt bekannt sowie eine mögliche Kandidatur als Kongressabgeordneter für die FRG. Palma Lau gehörte früher als enger Mitarbeiter von Rodrigo Asturias (alias Gaspar Ilóm) dem Guerillakader ORPA an, trat dann aber Anfang 2000 zu Gunsten einer Politkarriere (er wurde von Präsident Portillo zum Leiter der Stelle für Landkonflikte CONTIERRA ernannt, siehe ¡Fijáte! 206) aus der URNG aus und will nun für die extreme Rechte kandidieren.

Laut Erklärungen des Ex-Guerilleros habe er keinen Platz innerhalb einer linken Partei gefunden, als Kandidat der FRG habe er nun "einen seiner Position

entsprechenden Ort" gefunden und "die fortschrittliche und demokratische Linie innerhalb der FRG ermöglicht mir ein Wirken, wie es keine andere Partei tut". Verraten würde er "nichts und niemanden", erklärte Palma Lau gegenüber der Presse.

Seine ehemaligen Mitkämpfer sind da aber anderer Meinung: "Palma Lau überlegt sich eine Kandidatur für eine Partei der Mafia und des organisierten Verbrechens, nachdem er einmal die Ideale der Linken vertreten habe", sagte Pablo Monsanto (Ismael Soto), ebenfalls ehemaliger Guerilla-Comandante. "Erstaunen würde mich aber die Entscheidung Lau's nicht", meinte Monsanto weiter, "es beweise nur, dass er innerhalb seiner Organisation schlecht aus-

gebildet wurde." Mit "seiner Organisation" spielte er auf die ORPA an, womit er gleich noch einen Seitenhieb auf seinen politischen Gegenspieler Asturias landen konnte.

Doch auch Monsanto musste zugeben, dass die Linke in Guatemala keine ernstzunehmende politische Kraft ist, und dass sie sich von den politischen und sozialen Geschehnissen, die die Bevölkerung beschäftigen, entfernt hat. Es sei notwendig, die internen Differenzen zu überwinden, die momentan eine politische Einflussnahme unmöglich machten.

Mit seinem Kommentar über Palma Lau, bzw. über die ORPA hat Monsanto wohl nicht allzu viel zur Überwindung dieser Differenzen beigetragen...

Der nordamerikanische Geldrausch hat seinen Preis

Guatemala, 5. Feb. Die Tatsache, dass die privaten Geldüberweisungen, die vor allem aus den USA stammen, um 167% im vergangenen Jahr angewachsen sind, könnte verschiedene Erklärungen haben. Eine davon ist, dass mindestens 300 Tausend GuatemalteKInnen auf legale und illegale Weise emigriert sind, um Arbeit zu suchen. Eine andere Erklärung ist die Verabschiedung des guatemalteKischen Gesetzes zum Freien Devisenhandel, das im nationalen Bankensystem die Konteneröffnung in Dollar erlaubt. Ausserdem stellt die nun mögliche Überweisung per Bankauftrag einen Zugang zur besseren Datenkontrolle in Bezug auf die geschickten Gelder dar. Ein weiterer Punkt ist, dass man in den USA auch ohne Ausweis ein Bankkon-

to eröffnen kann, indem man zur Identifikation die Konsularkarte und Steuer Nummer vorzeigt.

In einer Audiokonferenz in der nordamerikanischen Botschaft fügten ExpertInnen beim Thema der Überweisungen hinzu, dass ein allgemeiner Migrationsanstieg aus Lateinamerika und speziell aus Guatemala registriert wurde. Laut der Zahlen der diplomatischen Mission leben legal oder illegal mehr als 1,5 Millionen *Chapines* in den Staaten. Die guatemalteKische Regierungskanzlei sprach sogar von bis zu 2 Mio. Landsleuten, die in den USA leben. Die Geldüberweisungen aus dem Ausland stellen für Guatemala die Hauptquelle der Devisen dar, gefolgt von den im vergangenen Jahr ebenfalls gestiegenen

Einnahmen im Tourismussektor.

Doch der Preis dafür ist hoch: etwa 867 "aktive" und 650 "Reserve"-GuatemalteKInnen gehören laut Daten von 2001 zum US-amerikanischen Militär und könnten in einen potentiellen Krieg dieses Landes gegen den Irak eingesetzt werden, wie es einigen von ihnen bereits in der Invasion Granadas sowie der "Wüstensturm-Aktion" 1991 erging.

Sich für die Armee aufstellen zu lassen stellt für einige der (guatemalteKischen) MigrantInnen die Möglichkeit dar, ihren "amerikanischen Traum" zu erfüllen und u.a. die Gebühren für ihr Universitätsstudium in den USA aufzubringen. Insgesamt sollen sich 107'566 Latin@s in den Reihen des US-Heeres finden.

Entwicklungsräte sind regional zu wenig verankert

Guatemala, 28. Jan. Anlässlich eines sog. "Analysezirkels" haben im Departement Quiché VertreterInnen verschiedener Nichtregierungsorganisationen (CONAVIGUA, Defensoría Indígena, Rat der Ältesten, u.a.) zusammen mit Regierungsabgeordneten und VertreterInnen von MINUGUA eine Evaluation des *Gesetzes über die Entwicklungsräte* gemacht. Die Entwicklungsräte wurden im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses gegründet, mit der Idee, dass regionale Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte auch regional entschieden, verwaltet und überwacht werden sollen. Entsprechend wird den Entwicklungsräten ein jährlicher Etat zur Verfügung gestellt, über den sie in Absprache mit der Bevölkerung autonom verfügen können.

Bei der Auswertung im Quiché war man sich einig, dass das grösste Hindernis für das Funktionieren der Entwicklungsräte die Unkenntnis der Bevölkerung sowie einzelner Gemeindebehörden darüber ist. Das Gesetz über die Entwicklungsräte gebe den Gemeinden theoretisch die Möglichkeit, sich direkter an lokalen Prozessen zu beteiligen, doch oft seien es die Bürgermeister, welche diesen Prozess behinderten und gar nicht an einer wirklichen Beteiligung aller Bevölkerungssektoren interessiert seien, hiess es. Als weiteres Problem wurde die Politisierung der Entwicklungsräte genannt, die vor allem in Wahljahren ein unkontrollierbares Ausmass annehmen könne.

Ende November 2002 gab das Finanzministerium bekannt, dass erst 52% des Etats der Entwicklungsräte gebraucht worden sei. Dies habe mit der

fehlenden Konstanz in der Leitung des für die Auszahlung der Gelder verantwortlichen Regierungssekretariats zu tun, das im Laufe des vergangenen Jahres drei verschiedene Chefs hatte, meinte Harris Whitbeck, selbst ehemaliger Regierungssekretär.

Nun wurde das Gesetz dahingehend verändert, dass die Gelder der Entwicklungsräte im Jahr 2003 nicht mehr auf Regions- sondern auf Departementsebene verwaltet werden, was bedeutet, dass die vom Präsidenten ernannten DepartementgouverneurInnen grösseren Einfluss über das Schicksal dieser Gelder haben. Während diese Massnahme von Kongressabgeordneten und Angestellten der Staatsverwaltung begrüsst wird, da "es Verwaltungsabläufe vereinfache", wird sie von GemeindepolitikerInnen kritisiert: "Das Beste was die Regierung für die Dezentralisierung machen kann, ist, das Geld direkt an die Gemeinden und Dörfer zu überweisen, anstatt an Instanzen, die im Interesse der

Regierungspartei arbeiten", meinte z.B. Sergio Celis, Bürgermeister von Sumpango, Sacatepéquez.

Die GouverneurInnen unterscheiden sich von Kongressabgeordneten oder BürgermeisterInnen insofern, dass sie eben vom Präsidenten ernannt und nicht vom Volk gewählt werden. Dies wird von verschiedener Seite als eine Schwäche des Regierungssystems bezeichnet, doch bräuchte es eine Verfassungsänderung, um diesen Zustand zu ändern. Als Kompromiss wurde im *Gesetz über die Entwicklungsräte* festgehalten, dass die in den Entwicklungsräten vertretenen zivilgesellschaftlichen Instanzen eine Vorauswahl treffen und dem Präsidenten eine Kandidatin oder einen Kandidaten vorschlagen können.

Offenbar wurde aber bei der Ernennung der neuen GouverneurInnen der Departemente San Marcos, Zacapa, Izabal, Jutiapa und Quiché die Vorauswahl der Zivilgesellschaft nicht berücksichtigt.

IWF lenkt ein

Guatemala, 31. Jan. Laut Presseabteilung der Bank von Guatemala, BANGUAT hat der IWF den laufenden *Stand-by-Vertrag* doch um ein Jahr verlängert, ohne dass, wie im Vorhinein verlangt, die Regierung grössere Steueranstrengungen unternehmen muss. Anstelle von 12% soll sich nun die Steuerlast auf 10,6% des BIP halten – ersteres hätte eine deutliche Steuererhöhung erfordert. Der IWF liess sich zudem auf die Versprechen der Regierung ein, dass das Staatsdefizit auf 1,7% des BIP - die Hälfte des bislang veranschlagten! - re-

duziert werde. Das bedeutet, dass der Kongress den allgemeinen Etat um etwa Q 3 Mrd. (ca. US\$ 390 Mio.) kürzen muss. Der Vertrag gilt jedoch erst, wenn der IWF eine umfassende Verpflichtungserklärung der Regierung billigt. Die Forderungsänderungen von Seiten des IWF sind bestimmt auf die Gespräche mit der Zivilgesellschaft und Arbeiterverbänden zurückzuführen, bei denen die GuatemalteKInnen die ursprünglich gestellten Bedingungen als unerfüllbar zurückwiesen. Ob die akzeptierten wesentlich realistischer sind, wird sich herausstellen.